



Abstimmungen Bundeshaus

Abo 7000 Franken Prämienschulden

«Ich kann es mir nicht leisten, krank zu werden»

Wer seine Prämien nicht bezahlen kann, landet mancherorts auf einer schwarzen Liste, wie Familienvater Vitor Silva. Dann werden nur noch Notfallbehandlungen bezahlt – und das kann tödliche Folgen haben.



Nina Fargahi

Publiziert heute um 06:00 Uhr



Vitor Silva steht seit fast vier Jahren auf der schwarzen Liste in Luzern.

Foto: Sabina Bobst

Wer in der Schweiz krank wird, geht zum Arzt. Die Kosten übernimmt in der Regel die Krankenkasse. Ausser, man kann die Prämie nicht bezahlen. Dann landet man in einigen Kantonen auf einer sogenannten schwarzen Liste. In diesem Fall werden nur noch Notfallbehandlungen von der Krankenversicherung übernommen. Das heisst: Krebs- oder HIV-Behandlungen muss der Patient in der Regel selbst bezahlen. Ebenso Diabetes-Medikamente.

Der 49-jährige Vitor Silva steht seit fast vier Jahren auf einer schwarzen Liste im Kanton Luzern. Er sitzt in seiner Arbeitskleidung vor einem Espresso, starrt auf seine Tasse und sagt: «Ich kann es mir nicht leisten, krank zu werden.»

7000 Franken Schulden

Silva und seine Ehefrau leben seit 13 Jahren in der Schweiz. Das Paar stammt aus Portugal und hat einen 15-jährigen Sohn. Vitor Silva ist als Betriebsarbeiter in der Kabelindustrie tätig und steht um 3.20 Uhr auf, wenn er Frühschicht hat. Er pendelt jeden Tag 84 Kilometer in den Kanton Uri zur Arbeit.

Sorgen macht sich Silva vor allem um seine Frau: Auch sie steht auf der schwarzen Liste, weil sie ihre Prämien nicht regelmässig bezahlen konnte. Während der Pandemie sei ihr im Hotel, wo sie als Reinigungskraft arbeitete, gekündigt worden. Kurz darauf verstarb ihr Vater. Sie bräuchte dringend eine Psychotherapie, sagt ihr Hausarzt Jens Westphal. «Aber diese müsste sie selbst bezahlen, weil Psychotherapie nicht als Notfall gilt.» Und das ist unmöglich, weil die dreiköpfige Familie vom Einkommen des Mannes lebt: 3700 Franken im Monat, nach Abzug der 800 Franken, die ans Betreibungsamt gehen.

Das Paar hat derzeit 7000 Franken Schulden bei der Krankenkasse Groupe Mutuel. Auch in Raten ist eine Abzahlung schwierig. Das Geld geht weg für die Miete, das Pendeln zur Arbeit, für die Nachhilfe des Sohnes, für Lebensmittel. Für Schlaf- und Schmerzmedikamente, die die Frau benötigt. Und da ist noch eine Zahnarztrechnung, die das ganze Budget durcheinandergebracht hatte.

Nichts von Prämienverbilligung gewusst

Antje Sonntag, Leiterin der Sozial- und Schuldenberatung von Caritas Luzern sagt: «Menschen im Niedriglohnsegment haben selten Reserven für Unvorhergesehenes.» Nur schon eine einzige Zahnarztrechnung könne dazu führen, dass es für andere

Fixkosten plötzlich nicht mehr reiche. Warum erhielt Familie Silva keine Prämienverbilligung? «Im Kanton Luzern muss die Prämienverbilligung von den betroffenen Personen selber angemeldet werden, Herr Silva kannte diese Hilfeleistung nicht und zahlte mehrere Monate die volle Prämie», sagt Sonntag. Die Luzerner Caritas meldete ihn nachträglich an und sicherte durch finanzielle Überbrückungshilfen sein Mietverhältnis. «Der Prozess ist leider langwierig und kompliziert, die Ursache der Problematik ist auf politischer Ebene zu finden», sagt Sonntag.

Das bestätigt auch Jens Westphal, Amtsarzt in Luzern. «Wer einmal in diesen Teufelskreis gerät, kommt nur schwer wieder raus.» Er handhabt es so, dass er in solchen Fällen versuche, gemeinsam mit dem Patienten eine Lösung zu finden. Zum Beispiel eine Teilzahlung. «Im Zweifel behandle ich aber Patienten auch, ohne dafür bezahlt zu werden.»

Listeneintrag mit tödlichen Folgen

Das Krankenversicherungsgesetz gibt den Kantonen die Möglichkeit, säumige Prämienzahlende aufzulisten. Doch die Praxis steht in der Kritik, weil sie tödliche Folgen haben kann. Im Kanton Graubünden etwa verstarb 2017 ein HIV-positiver Mann, weil er auf der Liste stand und deshalb keine Medikamente erhielt.

Viele Kantone haben in den letzten Jahren die schwarzen Listen abgeschafft. Zum Beispiel Zug, nachdem das kantonale Verwaltungsgericht 2021 in einem Urteil die Praxis kritisierte. Auch Graubünden, Schaffhausen, Solothurn und St. Gallen haben sich von den Listen verabschiedet.

In den Kantonen, die noch schwarze Listen führen, zeigt sich:
Der Anteil der Menschen, welche die Krankenkasse nicht mehr bezahlen können, nimmt zu.

Mehr säumige Prämienzahlende auf der schwarzen Liste

Personen, die die Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben

2021 2022 2023

* Praxisänderung im Aargau 2021

Grafik: mrue; Quelle: Kantone; [Daten herunterladen](#)

Noch nie standen so viele säumige Prämienzahlende auf der schwarzen Liste. Im Kanton Tessin sind die Zahlen besonders hoch. Gemäss Sergio Montorfani, Chef der Tessiner Sozialversicherungsanstalt, werden dort jährlich zwischen 6000 und 7000 Versicherte zahlungsunfähig. Wie der Tessiner SP-Nationalrat Bruno Storni ausführt, gibt es verschiedene mögliche Erklärungen: Die Prämien sind im Tessin höher als in den anderen Kantonen, weil im Südkanton anteilmässig die meisten Rentnerinnen und Rentner der Schweiz wohnen. Das zeigt eine Studie

des Krankenversicherer-Verbands Santésuisse. Und nirgendwo sonst sind gemäss Bundesamt für Gesundheit die monatlichen mittleren Prämien so stark gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, im Tessin höher als im Schweizer Durchschnitt. Und die Löhne sind durchschnittlich tiefer als in den übrigen Kantonen. «Dass im Tessin so viele Menschen die Krankenkassenprämie nicht bezahlen können, erstaunt mich angesichts dieser Umstände nicht», so Nationalrat Storni.

Kasse setzt sich für Abschaffung ein

Das Parlament hat 2020 darüber diskutiert, die schwarzen Listen abzuschaffen. Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) hat sich dafür ausgesprochen, damit «der Zugang aller zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung gewährleistet und weitere Auseinandersetzungen um die Definition von Notfallbehandlungen vermieden werden.» Auch diverse Krankenkassen sprachen sich für eine Abschaffung aus, sogar die Groupe Mutuel, also die Krankenkasse von Vitor Silva. Begründung: Die Listen führten zu einer «Ungleichbehandlung bezüglich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung» und könnten «tragische Folgen» haben.

Warum halten einige Kantone trotzdem an der Praxis fest? Im Kanton Thurgau etwa hat das Parlament erst letztes Jahr mit grosser Mehrheit gegen eine Abschaffung gestimmt. Die Thurgauer FDP-Nationalrätin und Gesundheitspolitikerin Kris Vietze sagt: «Das Modell hat im Thurgau seinen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen bewiesen, die Vorteile überwiegen.» Die Gemeinden würden aufgrund der Liste frühzeitig von finanziellen Schwierigkeiten erfahren und mit den Betroffenen in Kontakt treten. Insofern handle es sich um ein Mittel, das die medizinische Versorgung von Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen nicht gefährde. Vielmehr erlaube es,

die Leute rechtzeitig an einen Tisch zu holen, um Lösungen zu finden und eine mögliche Unterstützung zu organisieren.

**«Manchmal habe ich
den Eindruck, dass
Kassen weniger kulant
sind bei Menschen, die
sich nicht so gut
wehren können.»**

Jens Westphal

Der Luzerner Amtsarzt Westphal schätzt, dass etwa zehn Prozent seiner Patientinnen und Patienten auf der schwarzen Liste stehen. «Besonders bei den Patienten mit Migrationshintergrund ist der Anteil vergleichsweise sehr hoch.» Er kennt den Fall des Ehepaars Silva. Und er hat eine Vermutung: «Manchmal habe ich den Eindruck, dass Kassen weniger kulant sind bei Menschen, die sich nicht so gut wehren können.»

Groupe Mutuel, die Krankenkasse der Silvas, weist den Vorwurf zurück und verweist auf die Behörden: «Die schwarze Liste wird vom Kanton erstellt und geführt. Sie legen die Richtlinien fest.» Beim Kanton Luzern wiederum heisst es: «Sofern wir von der Krankenkasse keine Meldung erhalten, dass sämtliche offenen Forderungen beglichen wurden, können wir keine Löschung vornehmen.» Ausserdem halte sich der Kanton an die aktuell geltenden gesetzlichen Grundlagen. Diese würden keinen Handlungsspielraum lassen für Kulanz.

Groupe Mutuel äussert sich nicht zum Einzelfall, teilt aber mit, dass man den Kunden gerne entgegenkomme und ihnen Lösungen unterbreite, wie beispielsweise eine zusätzliche Zahlungsfrist oder Ratenzahlung. «Bevor eine Forderung in Betreuung geht, erhält der Kunde zuvor eine Mahnung und eine Zahlungsaufforderung zugestellt», so ein Mediensprecher von Groupe Mutuel.

Das Ehepaar Silva schaffte es trotzdem nicht, seine Rechnungen zu begleichen. Die beiden arbeiten darauf hin, von der schwarzen Liste gestrichen zu werden – Rechnung für Rechnung.

Nina Fargahi ist Inlandjournalistin bei Tamedia. Sie koordiniert eine Woche pro Monat als diensthabende Redaktorin die Berichterstattung des Ressorts. [Mehr Infos](#)

@nfargahi

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

0 Kommentare